

Hypermacht USA: Von der Abschreckung zur Präventiven Kriegsführung ?

Allgemein wird der 11. September 2001 als wichtige Zäsur empfunden. Die verheerenden Attacken auf die ökonomischen und militärischen Zentren durch eine kleine Gruppe von fanatischen Selbstmordattentätern, mit einfachsten Mitteln ausgeführt, haben die US-Amerikaner zu tiefst getroffen und schneller als von manchen angenommen zu einer Neubestimmung der amerikanischen Sicherheitspolitik geführt. Nicht zuletzt den vermeintlichen militärischen Erfolg in Afghanistan hat die Bush-Administration zum Anlass genommen, nun auch weitere missliebige Regime militärisch ins Visier zu nehmen. Sie hat inzwischen ihre wesentlichen sicherheitspolitischen Dokumente vorgelegt: die „National Security Strategy“, der „Quadrennial Defense Review“ und die „Nuclear Posture Review“. Diese Veröffentlichungen erläutern das sicherheitspolitische Programm der Bush-Administration und bauen auf ältere Doktrinen auf. "Vorgeschobene Verteidigung und verstärkte Heimatverteidigung" bilden das Leitmotiv und die Reaktion auf die verheerenden Terroranschläge. Rüstungskontrolle, Diplomatie, Verträge und kooperative Rüstungsreduktionen werden dagegen als sekundär angesehen und weiter entwertet. Neue Rüstungskontrollbemühungen und diplomatische Initiative sind nicht zu erwarten. Machtprojektion und der Einsatz militärischer Stärke im Vorfeld eines möglichen Konfliktes bzw. bevor sich eine Bedrohung manifestiert, sollen Leitlinien sicherheitspolitischer Vorsorge werden. Nach den Vorstellungen der Führung der Bush-II-Administration sollen die US-Streitkräfte in Richtung Präventivkriegsführung ausgebaut werden. An die Stelle der Abschreckung tritt die Doktrin der „präventiven Selbstverteidigung“. Die Abschreckung bleibt zwar gültig, aber nicht mehr das dominante sicherheitspolitische Paradigma. Der Krieg gegen den Terrorismus wird von der konservativen Führung zum Anlass genommen werden, einen umfassenden Strategiewechsel durchzusetzen: Kriege sollen auch dann möglich werden, wenn die USA eine Bedrohung feststellen und ihr durch einen Angriff begegnen wollen. Der vorliegende Aufsatz stellt Details der sicherheitspolitischen Leitlinien der Bush-II-Administration vor und beschreibt die fortschreitende Aushöhlung der globalen Rüstungskontrolle.

1. Die Bush-Militärdoktrin der präventiven Selbstverteidigung

Seit 1986 müssen die jeweiligen US-Präsidenten dem US-Kongress ihre „National Security Strategy“ vorlegen, in der sie die wesentlichen Leitlinien und Prinzipien ihrer Außen- und Sicher-

heitspolitik erläutern. Im September 2002 hat dies Präsident George W. Bush getan.¹ Der „Krieg gegen den Terrorismus“ wird im Vorwort als ein „globales Unternehmen mit ungewisser Dauer“ dargestellt. Demokratie, freier Handel und freier Markt sind die Werte, um derentwillen die Administration antritt, um den weltweiten Terrorismus zu besiegen. Bereits in seiner Rede am 1. Juni 2002 hatte Präsident Bush der präventiven Verteidigung das Wort geredet:² "Yet the war on terror will not be won on the defensive. We must take the battle to the enemy, disrupt his plans, and confront the worst threats before they emerge. In the world we have entered, the only path to safety is the path of action. And this nation will act." War dies in der West-Point-Rede noch auf den Terrorismus beschränkt, wurde die sicherheitspolitische Agenda wesentlich erweitert. Dabei hält sich die jetzige Administration nicht mit einer langen Suche nach möglichen Gegnern auf. Verteidigungsminister Rumsfeld räsoniert in "Foreign Affairs": „Our challenge in this new century is a difficult one: to defend our nation against the unknown, the uncertain, the unseen, and the unexpected.“³

Die „National Security Strategy“ strotzt vor Selbstbewußtsein, Entschlossenheit und der Überzeugung, die amerikanische Nation so früh als möglich vor weiterem Schaden zu schützen, getreu der Devise: „Angriff ist die beste Verteidigung.“ Der Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die Hauptziele der Administration. Die „rogue states“ bilden eine Kategorie, die bekämpft werden muss, bevor nukleare, biologische und chemische Waffen gegen die USA, ihre Verbündeten und Freunde zum Einsatz kommen können: Obwohl der 11.9. gezeigt hat, dass die Attentäter gerade keine Massenvernichtungsmittel eingesetzt haben, um einen Massenvernichtungseffekt zu erreichen, wird die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von „rogue states“ und Terroristen als herausragend dargestellt: „It has taken almost a decade for us to comprehend the true nature of this new threat.“⁴ Aber nicht nur „proactive counterproliferation, nonproliferation und consequence management“ sind die Rezepturen, die angewendet werden sollen, sondern auch „präemptive Selbstverteidigung“: „To forestall or prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively.“⁵ Wurde im Abschnitt davor noch von „imminent threat“ gesprochen, führt der folgende Satz aus: „The United States will not use force in all cases to preempt emerging threats, nor should nations use preemption as a pretext for aggres-

¹ The White House: The National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C., September 2002 .

² The White House: Office of the Press Secretary, Remarks by the President at the 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy, West Point, New York, 1. Juni 1, 2002
[<http://www.mdtaxes.org/Archives/homeland-defense/bush-westpoint60102.html>].

³ Donald Rumsfeld: Transforming the Military, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2002, S. 20-46, hier S.24.

⁴ Ebd. S. 15.

⁵ Ebd. S. 15.

sion.“ Im Klartext: Die Vereinigten Staaten behalten sich nicht nur vor, festzustellen wann eine “heraufziehende oder kurz bevorstehende Bedrohung“ vorliegt, sondern auch in welchen Fällen dagegen mit Streitkräften vorzugehen ist. Hier bahnt sich nicht nur ein fundamentaler Völkerrechtsbruch an, sondern auch die Möglichkeit der Etablierung einer neuen Art der Kriegsführung in Gestalt einseitiger Präventionskriege. Zudem: Wer außer den Vereinigten Staaten wäre in der Lage festzustellen, von wem Gefahr droht und worin diese besteht?

Das Dokument verstärkt das, was sich bereits in zwei weiteren wichtigen Dokumenten aus Bushs Amtszeit angekündigt hat. Im „Quadrennial Defense Review“ (QDR) vom 30. September 2001, der im wesentlichen vom 11.9. noch unbeeinflusst ist, wurde von dem Plan der US Streitkräfte, zwei Regionalkriege gleichzeitig zu führen, zugunsten eines „capability-based approach“ Abschied genommen. Nicht mehr eine konkrete länderspezifische Bedrohung steht im Vordergrund, sondern der Ausbau der Fähigkeit, alle möglichen Gefahren bekämpfen zu können.⁶ Der Ausbau der Raketenabwehr, die Ausnutzung der „Revolution in Military Affairs“ durch einen umfassenden Verbund von Sensoren, Plattformen und Präzisionswaffen, die Aufstellung schlagkräftiger „Joint Response Forces“ und die Einbeziehung des Weltraums stehen an erster Stelle. Nach Vorstellungen von D. Rumsfeld sollen nicht nur zwei Aggressoren gleichzeitig bekämpft werden „while preserving the option for one massive counteroffensive to occupy an aggressor’s capital and replace its regime“.⁷ „Regimewechsel“ wird hier als neue Aufgabe militärischer Aktionen definiert.

Während der QDR 2001 die Leitlinien für die konventionellen US-Streitkräfte bestimmt, beinhaltet der „Nuclear Posture Review“ (NPR) das Ergebnis der Überprüfung der Aufgaben und des Umfangs der US-Nuklear-Streitkräfte für die nächsten Jahrzehnte.⁸ Das Papier, das die globalstrategische Sicht der sicherheitspolitischen Philosophie der USA darstellt, erweitert die Funktion und Bedeutung der Rolle der Nuklearwaffen, bildet die Planungsgrundlage für künftige Nuklearstreitkräfte und nennt Szenarien und Regionen, in denen Nuklearwaffen eingesetzt werden können.⁹ 1.700 bis 2.200 nukleare Sprengköpfe sollen die Zielgröße der US-Streitkräfte im Jahr 2012 sein.¹⁰ Diesem Dokument zufolge kommt den Nuklearwaffen in Zukunft eine größere Bedeutung zu: Die Szenarien, in denen Nuklearwaffen eingesetzt werden sollen, umfassen ein um-

⁶ Department of Defense: Quadrennial Defense Review: „Creating the U.S. Military of the 21st Century“, Washington D.C. 2001.

⁷ Donald Rumsfeld: Transforming the Military, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2002, S. 20-46, hier S.24.

⁸ Einzelheiten des geheimen Berichtes wurden dem Kongress am 8. Januar 2002 vorgestellt und gelangten kurze Zeit später an die Öffentlichkeit DoD/DoE: Nuclear Posture Review, Washington D.C., 8. Januar 2002 (Auszüge sind zu finden unter: www.globalsecurity.org).

⁹ Ebd. S.7.

fangreiches Spektrum von Einsatzfällen. Die Verwendung von Nuklearwaffen gegen Terroristen wird ebenso wenig ausgeschlossen wie ihr Einsatz auf konkreten Kriegsschauplätzen wie z.B. in Konflikten um Palästina, Korea, Taiwan oder Irak.¹¹ Nuklearwaffen sollen hier nicht als Abschreckungsmittel gegen den Einsatz von Nuklearwaffen verwendet werden; vielmehr sollen u.a. „mini-nukes“ entwickelt werden, die für einen „nuklearen Ersteinsatz“ geplant sind.¹² Das nukleare Planungssystem wird ständig flexibler gestaltet.¹³ All diese technischen Anstrengungen sollen zu einer „neuen Triade“ führen. In der Zeit des Ost-West-Konfliktes verstand man hierunter die drei Pfeiler der land-, luft und seegestützten Nuklearträger. Die „neue Triade“ soll nun aus einem „offensiven Pfeiler“ (den nuklearen und konventionellen Streitkräften), einer „aktiven und passiven Verteidigung“ (Raketenabwehr und Verteidigung) und einer „reaktiven Verteidigungsinfrastruktur“ (Nukleartests und die Weiterentwicklung von neuen Nuklearwaffen) bestehen.¹⁴ Nuklearwaffen werden in alle Bereiche der modernen amerikanischen Kriegsführung integriert. Außerdem sollen „neue nichtnukleare strategische Fähigkeiten“ zum Angriff auf mobile Ziele, B- und C-Waffen-Lager in die Nuklearplanungen ebenso einbezogen werden wie neue konventionelle Waffen und „information operations“. Nuklearwaffen werden, folgt man den Autoren, von Abschreckungsinstrumenten zu Kriegsführungsinstrumenten transformiert.

Im Rahmen des zweiten wichtigen Schwerpunkts der Bush-Administration, der „Homeland Defense“ sollen alle Bedrohungsmöglichkeiten überprüft werden: “We must prepare for new forms of terrorism, to be sure, but also for attacks on U.S. space assets, cyber-attacks on our information networks, cruise missiles, ballistic missiles, and nuclear, chemical, and biological weapons.”¹⁵ Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, wie wenig die Administration aus ihrer High-Tech-Mentalität heraustreten kann oder will, hatten es die Attentäter vom 11. September doch gerade nicht auf die High-Tech-Infrastruktur sondern auf die zivile Verwundbarkeit von Gebäuden abgesehen. Die Anschläge werden zum Anlass genommen, um die Transformation der US-Streitkräfte im Rahmen der „Revolution in Military Affairs“ intensiv voranzutreiben.¹⁶

¹⁰ Einzelheiten des geheimen Berichtes wurden dem Kongress am 8. Januar 2002 vorgestellt und gelangten kurze Zeit später an die Öffentlichkeit. DoD/DoE: Nuclear Posture Review, Washington D.C., 8. Januar 2002 (Auszüge sind zu finden unter: www.globalsecurity.org).

¹¹ Siehe dazu: Erklärung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) zu den bekannt gewordenen Plänen der Bush-Administration zur künftigen Nuklearpolitik der USA, in: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Vol. 32(2), Juni 2002, S.243-245.

¹² Entwickelt werden soll eine nukleare Munition, die einen geringen „kollateralen Schaden“ verursacht, da die nukleare Ladung nicht besonders groß ist und die Sprengköpfe unterirdisch gezündet werden sollen. Die strategischen US-Streitkräfte der nächsten Dekade entsprechen ungefähr der heutigen US-Streitkräftestruktur abzüglich von vier U-Booten, die für konventionelle Missionen umgerüstet werden.

¹³ Siehe dazu: Hans Kristensen: Preemptive Posturing?, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 58 (5), S.55-59.

¹⁴ Nuclear Posture Review,

¹⁵ Donald Rumsfeld: Transforming the Military, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2002, S. 25.

¹⁶ Zur RMA siehe: Harald Müller/Niklas Schörnig: „Revolution in Military Affairs“, Frankfurt a.Main (HSFK-Report 8/2001).

Rumsfeld: "Transforming the military is not an event; it is an ongoing process (...) Our challenge in the twenty-first century is to defend our cities, friends, allies, and deployed forces – as well as our space assets and computer networks – from new forms of attack, while projecting force over long distances to fight new adversaries. This will require rapidly deployable, fully integrated joint forces, capable of reaching distant theaters quickly and working with our air and sea forces to strike adversaries swiftly and with devastating effects. This will also take improved intelligence, long-range precision strike capabilities, and sea-based platforms to help counter the `access denial` capabilities of adversaries. Our goal is not simply to fight and win wars; it is to prevent them."¹⁷ In dem neuen "Annual Report to the President and the Congress" werden die sechs Transformationsziele des Pentagon genauer beschrieben:¹⁸

1. Schutz kritischer Stützpunkte insbesondere im „U.S. Homeland“ und Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme
2. Projektion und Aufrechterhaltung von Macht in einem weit entfernten „anti-access“ und „area-denial“ Umfeld
3. „Verweigerung“ von feindlichen Sanktuarien durch die Entwicklung von Fähigkeiten für fortdauernde Aufklärung, Aufspürung und schnellem Einsatz
4. Nutzung von Informationstechnologien und innovativen Netzwerkkonzepten, um alle Teilstreitkräfte zu verbinden
5. Schutz von Informationssystemen gegen Angriffe und
6. Erhalt ungehinderten Zugangs zum Weltraum sowie Schutz der US-Fähigkeiten im Weltraum gegenüber feindlichen Angriffen.

Diese Elemente waren allerdings schon in Studien weit vor dem 11.9. vorgeschlagen worden, so z.B. in dem „Transformation Study Report“¹⁹. Wichtige Vorläufer sind hier die Dokumente „Joint Vision 2010 / 2020“, in denen die „Visionen des US-Militärs“ für das Jahr 2020 beschrieben werden, um den Status der global agierenden Supermacht USA zu erhalten.²⁰ Schlüsselkonzepte sind hier „full spectrum dominance, information superiority, situational awareness“. Erreicht werden soll dies durch die Nutzung neuer Technologien wie z.B. die Schaffung eines globalen C⁴-Netzwerkes, verbesserte Aufklärung, Stealth, Präzisionswaffen etc. Die Nutzung welt- raumgestützter Komponenten ist dafür unerlässlich.

¹⁷ Donald Rumsfeld: Transforming the Military, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2002, S. 27.

¹⁸ Donald Rumsfeld: Annual Report to the President and the Congress, Washington D.C., 2002, S. 3.

¹⁹ Transformation Study Report, Executive Summary: Transforming Military Operational Capabilities. Prepared for the Secretary of Defense, 27. April 2001.

²⁰ Joint Vision 2020, Director for Strategic Plans and Policy, J5, Strategy Division, Washington USGPO, Juni 2000, [<http://www.dtic.mil/jv2020/jv2020.doc>].

Das Rüstungsbudget wurde unter George W. Bush um ca. 15 Prozent gegenüber dem Durchschnittswert während des Kalten Krieges gesteigert. Bereits für das Haushaltsjahr 2002 hatte Bush eine Steigerung des Verteidigungshaushalts um 4 Prozent von 329 Milliarden auf 343 Milliarden Dollar mit dem Argument verfügt, die Streitkräfte seien unzulänglich ausgestattet. Durch die Anschläge im September wurde der Trend verstärkt. Im Haushaltsjahr 2003 erreichen die Verteidigungsausgaben 396 Milliarden \$ und sind der nominell höchste Militäretat aller Zeiten. Diese Steigerung des US-Wehretats entspricht der Summe der Militärbudgets der 15 nachfolgenden Staaten auf der von den USA angeführte Rangliste.²¹ In den nächsten fünf Jahren sollen ca. 2,1 Billionen \$ für Verteidigung ausgegeben werden. Begründungen liefern der "Krieg gegen den Terrorismus", die Gefahr asymmetrischer Konflikte, das Vorantreiben der Revolution in Military Affairs, die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und die Transformation der US-Streitkräfte. All diese Bestrebungen sind jedoch nicht an den Ereignissen des 11. 9. festzumachen, sondern schon vorher eingeleitet worden. Otfried Nassauer hat darauf hingewiesen, dass die Konzepte für eine neue Abschreckung, den Ausbau der Raketenabwehr und offensiver nuklearer wie konventioneller Fähigkeiten bereits zu Beginn der Amtszeit von George W. Bush vorlagen und wohl nun den Weg in die Regierungsspitze gefunden haben.²²

In der Frage der Raketenabwehr hatte Präsident George W. Bush bereits in einer Rede am 1. Mai 2001 eine „neue Politik“ angekündigt, die aus den Elementen einer „aktiven Nichtverbreitung, Counter-Proliferation und Verteidigung“ besteht.²³ „Wir benötigen einen neuen Rahmen, der uns erlaubt, Raketenabwehr gegen verschiedene Bedrohungen unserer heutigen Welt zu bauen. Um das zu erreichen, müssen wir uns über die Rahmenbedingungen des 30 Jahre alten ABM-Vertrages hinaus bewegen.“ Angestrebt wird eine neue Art der Abschreckung, die aus sowohl offensiven wie auch defensiven Elementen besteht.

Mit der Fokussierung auf Raketenabwehr verbindet sich der Wunsch der US-Administration, mit der nuklearen Abschreckungsstrategie im Sinne der Mutual Assured Destruction (MAD) zu brechen. Im Hearing des US-Kongresses zu seiner Amtsbestätigung erklärte Verteidigungsminister Rumsfeld das alte Konzept der Abschreckungsstrategie des Kalten Krieges für nicht ausreichend, um den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.²⁴ Zum Schutz gegen Raketen, Terro-

²¹ Michael Brzoska: Von der Friedensdividende zur Terrordividende? in: Friedensgutachten 2002, S.167-176.

²² Zu nennen sind hier etwa Studien des National Institute for Public Policy, dem Nixon Center und dem Office of Net Assessment, siehe: Otfried Nassauer: Ist nichts mehr wie es einmal war? In: Manuskript Streitkräfte und Strategien, NDR 4, 7. September 2002.

²³ Remarks by the President to Students and Faculty at National Defense University, Fort Lesley J. Mcair, Washington, D.C. 1. Mai 2001 [<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html>]

²⁴ Confirmation Hearing "Senate Armed Services Committee" 11. Januar 2001 [www.senate.gov/~armed_services/statemnt/2001/010111dr.pdf]

rismus und Informationskriegsführung plädierte er für „eine Neuzuschneidung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten“. Statt also Sicherheit vor Angriffen allein durch die Drohung mit nuklearer Vergeltung erreichen zu wollen, soll ein funktionstüchtiger Raketenschirm Schutz vor den Waffen des Gegners gewähren. Dies ist umso wichtiger, als Interventionen mit US-Truppen auf regionaler Ebene angestrebt werden können. Was sich wie eine Ergänzung – Abschreckung plus Verteidigung – anhört, ist in Wirklichkeit eine neue Strategie, die Offensivoptionen aufbaut und durch Defensiv Elemente absichert.

Nach dem Amtsantritt von Präsident Bush jr. wurde eine erhebliche Ausweitung der bereits unter Präsident Clinton begonnenen Raketenabwehrpläne beschlossen.²⁵ Folgende Ziele sind in den Strategiepapieren QDR 2001 und NPR 2002 angeführt: die Schaffung von global einsetzbaren, mehrschichtigen Abwehrsystemen mit der Nutzung von see- und weltraumgestützten Komponenten, die Einbeziehung der Alliierten und Freunde und der Aufbau einer „Emergency Defense“ bis 2004 (Alaska-Option). Hierfür soll verstärkt in Forschung, Entwicklung und Tests investiert werden.²⁶ Die Administration hat für das Haushaltsjahr 2002 die gewünschten 7,8 Milliarden \$ für die Raketenabwehr fast vollständig erhalten, was einer Steigerung von 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die neue Systemarchitektur ist nun bezogen auf die einzelnen Phasen anfliegender Raketen: Boost-Phase-, Midcourse-, Terminal-Defense. Ziel ist ein System, das gegen Raketen aller Reichweiten eingesetzt werden soll. Von den sechs in der Entwicklung befindlichen Programmen befindet sich heute aber nur ein System, das gegen strategische Raketen eingesetzt werden kann. Ein Ziel der Bush-II-Administration besteht in der schnellen Stationierung von Missile Defense-Komponenten, d.h. möglichst 2004 bis 2008.²⁷ Der Bau von Silos in Alaska für die Stationierung von Abfangraketen hat bereits begonnen. Auch die Nutzung nuklearer Abfangtechnologien wird untersucht und in Betracht gezogen. Auf dem technischen Sektor sind keine Durchbrüche erreicht worden. Die Kritik an der Funktionsfähigkeit der geplanten Midcourse Defense-Technologie unter realen Bedingungen ist weiterhin gültig.²⁸ Der Nachweis, dass die geplanten Hit-to-Kill-Technologien unter realen operativen Bedingungen funktionieren, ist bisher nicht erfolgt. Der jetzigen Administration kommt es jedoch nicht in erster Linie auf die zuverlässige Funktionsfähigkeit von Abwehr-Systemen an, sondern auf die Schaffung von „Stationierungsfakten“ und das Vorantreiben der seit Jahrzehnten betriebenen

²⁵ Björn Michaelsen und Götz Neuneck: Die US-Ausgaben für Raketenabwehr: Einst und jetzt, Bulletin Nr. 34, März 2001, [<http://www.hsfk.de/abm/>].

²⁶ Der „Quadrennial Defense Review“ 2001 weist der Raketenabwehr im Rahmen der erweiterten Militärstrategie der USA hohe Priorität zu: „DoD has refocused and revitalized the missile defense program, shifting from single-site „national“ missile defense approach to a broad-based research, development, and testing effort aimed at deployment of layered missile defenses.“ Quadrennial Defense Review 2001, S.42.

²⁷ Nuclear Posture Review 2002:26.

²⁸ Die Kritik wurde detailliert ausgeführt in Andrew M. Sessler / John M. Cornwall / Bob Dietz / Steve Fetter / Sherman Frankel / Richard L. Garwin / Kurt Gottfried / Lisbeth Gronlund / George N. Lewis / Theodore A. Postol / David C. Wright, Countermeasures - A Technical Evaluation of the Operational Effectiveness of the

tionierungsfakten“ und das Vorantreiben der seit Jahrzehnten betriebenen Entwicklung, in der Hoffnung, eines Tages funktionsfähige Systeme stationieren zu können.

Im Zuge des Strategiewechsels wird auch die Einführung von Weltraumwaffen nicht ausgeschlossen. Die „Commission to Assess United States National Security Space Management and Organization“, deren Vorsitz der neue US-Verteidigungsminister bis Dezember 2000 innehatte, sieht den Weltraum als künftiges Schlachtfeld und warnt vor einem „Pearl Harbor im All“:²⁹ „Es gibt kein umfassendes Verbot im Völkerrecht, Waffen im Weltraum zu stationieren oder zu benutzen, Gewalt aus dem Weltraum gegen die Erde zu richten oder militärische Operationen in oder durch das All zu unternehmen.“ Diese Lücke könne durch eine Reihe "defensiver" Waffen im Weltraum gefüllt werden, um die zivile und militärische Infrastruktur der USA zu schützen. Allerdings gibt es keine Unterscheidungskriterien von defensiven und offensiven Weltraumwaffen. Die Beschränkungen des ABM-Vertrages werden von der Bush-Administration als Behinderung künftiger Waffenentwicklungen mit Wirkungen in den Weltraum hinein angesehen. Die Kündigung des ABM-Vertrages gibt der Administration die Möglichkeit, konventionelle Antisatellitentechnologien zu entwickeln und zu testen. Kommen andere Staaten zu dem Ergebnis, dass eine Bewaffnung des Weltraums unvermeidlich ist, droht ein Rüstungswettlauf auch im Weltraum. Die Einführung von Laserwaffen im All zu Abwehr-Zwecken könnte hier als "Türöffner" fungieren. Einige MD-Komponenten haben schon heute eine inhärente Antisatellitenkapazität gegenüber Objekten in einer niedrigen Umlaufbahn. Das Weltraumrecht und die Rüstungskontrolle weisen erhebliche Lücken und Defizite auf, die in den nächsten Jahren geschlossen werden sollten, damit eine Bewaffnung des Weltraums verhindert wird.

Die neue „nationale Sicherheitsstrategie“ der Bush-Administration vollzieht einen Strategiewechsel, der sich bereits vor dem 11.9. angekündigt hat und der ausschließlich ist an den Interessen der neokonservativen Führung ausgerichtet. „Containment und Kriegsverhinderung“ wird zugunsten „präventiver Angriffsoptionen“, die durch verstärkte Verteidigungsmaßnahmen im Bereich der Raketenabwehr und des Ausbaus von Weltraumkapazitäten abgesichert werden, abgelöst. Das Mittel der Prävention wird von einer militärischen Option zu einer Doktrin ausgebaut. Die Stärkung der konventionellen Überlegenheit durch die Integration von Weltraumkapazitäten, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Präzisionsmunition wird ebenso vorangetrieben wie die Integration von Nuklearstreitkräften in die konventionelle Kriegsführung. Völkerrechtlich sind diese Optionen mehr als fraglich. Sie unterminieren jeglichen Versuch, die internationalen Beziehung auf die Grundlage von Recht und Gesetz zu stellen. Bezogen auf die

Planned US National Missile Defense System. Union of Concerned Scientists, MIT Security Studies Program, Cambridge, April 2000. [www.ucsusa.org/publications/pubs-home.html#arms].

Herausforderungen des Terrorismus, asymmetrischer Kriege und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ist dieser Ansatz „unbalanciert“ und kontraproduktiv. Diplomatische Mittel, Verträge, Rüstungskontrollmaßnahmen werden systematisch entwertet und politische Lösungsversuche aufgegeben. Der Irak-Krieg dürfte der Testfall für die neue „Bush-Doktrin“ werden. Dennoch dürfte selbst bei einem kurzfristigen „Sieg“ der längerfristige Schaden beträchtlich sein. Michael Krepon schreibt dazu: „Even if victory is achieved on the battlefield with limited casualties, success will be short-lived if nonproliferation and disarmament treaties continue to be weakened and if initiatives to prevent dangerous weapons and materials from falling into the wrong hands are shortchanged.“³⁰

2. Die Entwertung der Rüstungskontrolle verstärkt sich

Vergleicht man die militärischen Anstrengungen und Initiativen der Bush-Administration mit der Bilanz der Rüstungskontrolle, so wird das Bild komplett:

1. Der ABM-Vertrag wurde von Präsident Bush gekündigt und ist seit dem 14. Juni 2002 außer Kraft. Dies ermöglicht den Aufbau einer globalen Raketenabwehr und rückt die Bewaffnung des Weltraums in große Nähe.
2. Die Bush-Administration hat erhebliche Zeit und Energie darauf verwandt, den Leiter der Organisation zur Implementierung des C-Waffen-Übereinkommens aus dem Amt zu drängen. Initiativen für eine Verbesserung des Inspektionssystems, die noch unter den Präsidenten Reagan und Bush sen. verhandelt wurden, wurden fallengelassen. Die Administration behält sich zudem das Recht vor, „Challenge Inspections“ in den USA durch ein Veto zu verhindern. Im Rahmen ihres Nonlethal-Weapon Programms entwickeln die USA Chemische Waffen, die mit dem C-Waffenübereinkommen nicht vereinbar sind.³¹
3. Das Verifikationsprotokoll zur Stärkung des B-Waffenübereinkommens wird abgelehnt; alternative Vorschläge für eine bessere Kontrolle wurden seitens der USA nicht gemacht. Ende 2001 wurden Anthrax-Sporen, die aus einem US-Labor stammen und die höchstwahrscheinlich von einem Mitarbeiter des „Biodefense Establishments“ freigesetzt wurden, in Briefen verschickt und legten das politische Leben in Washington teilweise lahm. Die Bush-Administration plant, mehr Labors zu bauen, um gefährliche Pathogene zu studieren. Damit steigt die Gefahr eines Missbrauchs weiter. Zudem dürfte kaum ein anderes Land, so viel in B-Waffenforschung investiert haben: „Defensive Research could act as a smokescreen for

²⁹ Commission to Assess United States National Security Space Management and Organization, Washington D.C., Januar 2001.

³⁰ Michael Krepon: Weak without Treaties, Washington Post, 1. October 2002, A21.

³¹ Siehe dazu Presseerklärung des Sunshine-Projekts vom 27. September 2002 [<http://www.sunshine-project.de/>].

offensive military programs.“³² Nur die Einführung von weltweiten Überprüfungsmaßnahmen dürfte zu Vertrauensbildung und Abkehr von der Herstellung von Biowaffen tauglich sein; dies lehnt die jetzige US-Regierung aber ab.

4. Die Unterschrift von Präsident Clinton unter die römische Konvention des Internationalen Strafgerichtshofs wurde zurückgezogen.
5. Das Pentagon prüft, ob die USA auch ihre Unterschrift unter den nuklearen Teststopp-Vertrag (CTBT) zurückziehen sollen, da dieser die Entwicklung neuer Atomwaffen behindern könnte. Im Rahmen der „Nuclear Posture Review“ sollen in den nächsten Jahren nicht nur die vorhandenen Nuklearstreitkräfte modernisiert, sondern auch Studien für neue silogestützte und U-Boot-gestützte Interkontinentalraketen, neue Sprengköpfe und Zielplanungssysteme begonnen werden, um in 10-20 Jahren über neue Nuklearstreitkräfte zu verfügen. Eine Wiederaufnahme von Nukleartests innerhalb eines Jahres wird vorbereitet. Eine nukleare Infrastruktur soll aufgebaut werden. Eine Studie der „National Academy of Science“ hat jüngst belegt, dass der umfassende Teststoppvertrag große Vorteile für die USA beinhaltet und überprüfbar ist.³³ Die Administration fechten Studien dieser Art nicht an; sie hat offensichtlich das Interesse an einer Ratifikation des CTBT im US-Kongress vollständig verloren. Die Wiederaufnahme von Tests durch Indien oder China dürfte auch amerikanische Tests einleiten.

Am 24. Mai 2002 haben sich die Präsidenten Putin und Bush in einem neuen, ca. dreiseitigen Abrüstungsvertrag verpflichtet, ungefähr zwei Drittel ihrer Atomwaffen abzubauen.

Positiv ist zunächst zu bewerten, dass beide nuklearen Supermächte sich *vertragsverbindlich* verpflichten, ihre strategischen Atomwaffenarsenale von jeweils etwa 6.000 auf je 1.700 bis 2.200 Sprengköpfe zu reduzieren. Diese, verglichen mit anderen Nuklearmächten, hohe Obergrenze soll de facto allerdings erst im Jahr 2012 erreicht werden. Grund für diese Reduktionen, über die bereits Putins und Bushs Vorgänger Jelzin und Clinton 1997 in Helsinki übereingekommen waren, sind auf russischer Seite die miserable Haushaltslage und die ökonomischen Probleme des Landes. Russland kann sich den Betrieb und die Erhaltung der heutigen, übervollen Nukleararsenale nicht mehr leisten. Im „Nuclear Posture Review“ (NPR), wurde die Zahl der Sprengköpfe für die nächste Dekade bereits vorher festgelegt: 1.700 bis 2.200 Sprengköpfe. Auch spricht der NPR davon, dass “wenn sich die Beziehungen mit Russland signifikant in der Zukunft verschlechtern sollten, die USA ihre nuklearen Streitkräftestärken revidieren könnten“. Präsident Bush bemerkte bei der Ankündigung des neuen Vertrages: „Dieser Vertrag wird das

³² Eileen Choffnes: Bioweapons: New Labs, more terror? in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 58 (5), S.29-32.

³³ Siehe: National Issues Related to the Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty, National Academy Press, Washington D.C. 2002; [<http://stills.nap.edu/books/0309085063/html/>]

Erbe des Kalten Krieges liquidieren“. Eben dies spiegelt der Inhalt des Vertrages nicht wider. Die Einzelheiten zeigen, dass beiden Nuklearmächten lediglich mehr Flexibilität im Nuklearsektor zugestanden wird:

1. Die Nuklearsprengköpfe, die aus ihrem aktiven Stationierungsmodus genommen werden sollen, müssen nicht überprüfbar vernichtet werden. Jedes Land darf bestimmen, was mit den Sprengköpfen geschieht. Einige, insbesondere alte Sprengköpfe werden zerlegt, das waffenfähige Material bleibt erhalten. Neuere Sprengköpfe werden "in Reservelager" gebracht und können bei Bedarf jederzeit reaktiviert werden. So ist es den USA möglich, 2.400 Sprengköpfe aus ihrer „aktiven Reserve“ (im Jargon der Administration „responsive force“), also insgesamt 4.600 Sprengköpfe zu stationieren. Abrüstung wird hier zur post-modernen Farce: Würde man von Abrüstung von Gewehren reden, wenn ein Staat diese den Soldaten aus der Hand nimmt und in einen (hoffentlich) gut bewachten Schrank stellt? Würde man von Abrüstung reden, wenn Waffensysteme verschrottet, die Munition jedoch weiter intakt und einsetzbar bliebe?
2. Die Überprüfbarkeit der sehr "weichen" Vertragsauflagen ist zudem bisher nicht geregelt. Insbesondere die USA drängten darauf, dass die Reduktionen „reversibel“ bleiben. Noch im Kalten Krieg haben US-Präsidenten von der Sowjetunion stets die „Überprüfbarkeit und Irreversibilität“ künftiger Rüstungskontrollverträge gefordert. Nun ermöglicht der Vertrag, dass Russland in zehn Jahren aus ökonomischen Gründen vielleicht noch über 1.000 Sprengköpfe verfügt, die USA aber über das Doppelte bis Vierfache, da sie ein viel größeres „Wiederaufrüstpotenzial“ besitzen.
3. Restriktionen, die der nunmehr wirkungslose START-II-Vertrag vorsah, fallen zur Freude der russischen Militärs weg. Russland kann seine neuen Interkontinentalraketen wieder mit „Mehrfachsprengköpfen“ (MIRV) bestücken, die durch START-II explizit verboten waren. Ältere Systeme wie die gefährlichen SS-18, die mit zehn MIRV bestückt werden können, können erhalten bleiben. Stabilitätstheoretisch war diese START-II-Maßnahme höchst sinnvoll, denn hierdurch sank die Erstschlagsgefahr und einfache Zählregeln wurden eingeführt. Es erscheint mehr als verwunderlich, dass die Bush-Administration diesen für die USA günstigen Vertrag nunmehr offensichtlich aufgibt.
4. Ungeregelt bleibt, was mit den außer Dienst gestellten Trägersystemen geschehen soll. Der Vertrag erlaubt jeder Seite die existierenden, U-Boot-gestützten Raketen und strategischen Bomber ebenso zu behalten wie die bodengestützten schweren Interkontinentalraketen. Ökologische Probleme wie die Schaffung von Umweltstandards bei der "Verschrottung" von Raketen, U-Booten und Nuklearmaterial sind noch immer nicht Bestandteil von Abrüstungsregelungen.

5. Wieder einmal ausgelassen wurden zudem die bisher von Rüstungskontrolle verschonten „taktischen Nuklearwaffen“, deren Anzahl noch nicht einmal genau bekannt ist. Man schätzt, dass Russland über ca. 5.000 bis 13.000 dieser Sprengköpfe verfügt, die auf Kurz- oder Mittelstreckenraketen montiert, für Europa weitaus bedrohlicher sind als für die USA. Es besteht die Sorge, dass Sprengköpfe und waffenfähige Substanzen weitergegeben werden könnten.
6. Der Vertrag gibt lediglich an, dass die Vertragsparteien zehn Jahre Zeit haben, die versprochenen Reduktionen zu verwirklichen. 2012 ist im übrigen das Jahr, in dem der Vertrag ausläuft und nicht verlängert wird, falls eine Partei dies wünscht. Die Kündigungsfrist beträgt lediglich drei Monate.

Nun lässt sich einwenden, dass dies Feinheiten seien, hätten die Supermächte doch stets genügend Nuklearwaffen zur Aufrechterhaltung ihrer „nuklearen Parität“ zurückgehalten. Dies ist zwar richtig, ging es aber, so die Rhetorik der beiden Staatschefs, nicht gerade um die Überwindung der Abschreckung? Sollte das Erbe des Kalten Krieges, übervolle Nukleararsenale und nukleare Einsatzdoktrinen, nicht gerade drastisch abgebaut werden? Wozu benötigen die beiden Nuklearmächte je nach Zählung eigentlich 1.000 bis 4.000 operative Sprengköpfe? Zur Abschreckung kleiner, nuklear ambitionierter Länder wie Nordkorea oder Irak sind weit weniger Sprengköpfe nötig. Zudem ist der Nutzen einer solchen Strategie fraglich. Die hohe Zahl weiterhin aktivierbarer Sprengköpfe wird nur verständlich, wenn die Arsenale auch weiterhin auf die USA und die Russische Föderation bezogen sind. Muss nicht die Frage gestellt werden, warum, wenn die USA und Russland Freunde sind, dann Tausende von Nuklearwaffen nötig sind, um den Partner in Schach zu halten?

Betrachtet man die Substanz des neuen Vertrages, so gestattet dieser Russland vor dem Hintergrund seiner unklaren ökonomischen Zukunft ebenso viel Flexibilität wie den USA, die ihre Streitkräfte im Hinblick auf neue Gefahrenlagen restrukturieren und die Nuklearkomponente in ihren global agierenden Streitkräften verstärken. So gesehen kann der neue "Anpassungsvertrag" auch als ein "Dokument des Misstrauens oder gegenseitiger nuklearer Komplizenschaft" interpretiert werden. Bleibt es bei diesen "weichen Regelungen", so muss sogar das Ende der nuklearen Abrüstung befürchtet werden. Verbessern sich die Beziehungen zwischen den beiden führenden Nuklearmächten hingegen, so könnte dies den Einstieg in weitere, tiefere Einschnitte in die nukleare Rüstung bilden. Gründe dafür gibt es genug: die Gefahr des Nuklearterrorismus, ein beschleunigter Rüstungswettlauf in Südasien, die Gefahr der Bildung neuer Nuklearmächte, das Ende des nuklearen Testmoratoriums, die Gefahr von "Raketenstarts aus Versehen" und die Weiterverbreitung neuer Militärtechnologien weltweit.

Vor dem Hintergrund der Bilanz der Bush-Administration auf dem Feld vertragsbasierter Rüstungskontrolle dürften neue Schritte auf dem Sektor von Rüstungskontrolle und Abrüstung zur Zeit unwahrscheinlich sein.

Angesichts dieser Bilanz kann konstatiert werden, dass die Krise der vertragsbasierten Rüstungskontrolle verstärkt worden ist. Es bleibt zu hoffen, dass die europäischen Regierungen den hier eingeschlagenen, gefährlichen Weg erkennen und deutlicher als bisher für innovative, weltweite Abrüstungsschritte eintreten. Der Irak könnte der nächste Testfall werden. Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, bemerkte, der Vertrag solle nicht als der erste Vertrag zwischen den USA und Russland, sondern als „der letzte des 20. Jahrhunderts“ verstanden werden. Es besteht die Gefahr, dass es dieser Logik nach im neuen Jahrhundert bald keinen neuen Rüstungsvertrag, möglicherweise keine Rüstungskontrolle mehr gibt. Eine Welt, in der Massenvernichtungswaffen ungehemmt entwickelt und weiterverbreitet werden, dürfte aber nicht im Interesse des Großteils der Völkergemeinschaft liegen. Das gilt entsprechend für die meisten anderen dargestellten Aktivitäten der amerikanischen Hypermacht.